

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 17. Juni 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

**A 327 Anfrage Muff Sara und Mit. über Uranlieferungen an das Atomkraftwerk (AKW) Leibstadt / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Sara Muff ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sara Muff: Die Antwort des Regierungsrates zeigt exemplarisch, wie politische Verantwortung in sensiblen Fragen der Energieversorgung auf technokratische Abläufe und Zuständigkeiten abgeschoben wird. Zuerst verweist der Regierungsrat darauf, dass der Kanton Luzern keine direkte Beteiligung am AKW Leibstadt hat. Das stimmt formal, aber blendet aus, dass der Kanton Luzern über seine Beteiligung an der CKW und diese wiederum an der Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) AG sehr wohl Verantwortung trägt. Diese Verantwortung ernst zu nehmen heisst nicht, nur Informationen der CKW weiterzuleiten, sondern aktiv zu hinterfragen, zu fordern und zu kontrollieren. Es ist zwar zu begrüssen, dass die Axpo nach dem russischen Angriffskrieg neue Lieferanten sucht. Aber eine wirklich transparente Offenlegung der Lieferkette bleibt aus, gerade weil der russische Staatskonzern Rosatom über Beteiligungen an ausländischen Minen weiterhin Einfluss nehmen kann, zum Beispiel in Kasachstan. Deshalb genügt es nicht nur zu sagen, dass man verzichten will. Es braucht eine verbindliche Prüfung und Offenlegung der Eigentumsverhältnisse. Alles andere ist ein politisches Feigenblatt. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es problematisch, dass neu auf Kasachstan gesetzt wird. Kasachstan ist ein autoritäres Regime mit Menschenrechtsverletzungen. Wer aus geopolitischer Verantwortung russische Lieferungen ablehnt, kann nicht gleichzeitig über autoritäre Ersatzlieferanten hinwegschauen. Das ist politisch inkonsequent und ethisch fragwürdig. Wir vermissen zudem eine klare Haltung des Regierungsrates zur grundsätzlichen Frage. Wir stehen an einem energiepolitischen Wendepunkt und die langfristige Abhängigkeit von Uran ist nicht zukunftsfähig, ein Rohstoff, der überwiegend in politisch instabilen oder undemokratischen Staaten gefördert wird. Die Reduktion der Antwort auf wirtschaftliche Rentabilität verkennt, dass Energiepolitik mehr ist als Strompreise. Es geht um Verantwortung und internationale Solidarität. Das muss sich auch in unseren Beteiligungen widerspiegeln, ob direkt oder indirekt. Wir wünschen uns deshalb mehr Transparenz in den Lieferketten, politische Einflussnahme über die CKW und eine konsequente Haltung gegenüber autoritären Regimes. Energiepolitik ist auch Außenpolitik. Wir tragen die Verantwortung, dass unsere Versorgung nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt erfolgt. Sauberer Strom beginnt nicht erst an der Steckdose.

Thomas Meier: Die Anfrage zeigt beispielhaft auf, wie schwerfällig und komplex es ist, bestehende internationale Lieferketten kurzfristig umzustellen. Insbesondere in einem

sicherheitsrelevanten Bereich wie der Energieversorgung. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat viele Abhängigkeiten offengelegt, auch im Bereich der nuklearen Brennstoffe. Es ist ein Dilemma, dass keine Sanktionen gegen die russische Atomindustrie verhängt wurden. Ein Vertragsbruch hätte nicht nur finanzielle Konsequenzen zur Folge, sondern auch unmittelbare Versorgungsprobleme. Das liegt aus sicherheitspolitischer wie auch wirtschaftlicher Sicht nicht im Interesse der Schweiz. Umso wichtiger ist es, eine klare Perspektive zu haben. Wie die Antworten aufzeigen, laufen die entsprechenden Verträge mit Russland Ende 2025 aus. Ab 2026 werden nur noch Lieferanten aus sicheren, demokratischen Staaten berücksichtigt, mit Ausnahme von Kasachstan, das weiterhin Teil der Lieferkette bleibt, jedoch nicht demselben geopolitischen Risikofeld ausgesetzt ist wie Russland. Diese Entwicklung ist richtig und notwendig und zeigt, dass die Schweiz ihre Abhängigkeit abbaut, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Barbara Irniger: Wir begrüssen es klar, dass die Axpo nach dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine keine neuen Verträge mit russischen Uranlieferanten abschliesst und die bestehenden so weit wie möglich beendet. Dieser Schritt ist gut und richtig. Aber die Probleme rund um die Uranlieferung gehen weit über Russland hinaus. Die Uranlieferkette ist und bleibt problematisch. Auch wenn Russland als Vertragspartnerin zukünftig wegfällt, bleiben beim Uranabbau erhebliche Risiken bestehen. Umweltschäden wie die radioaktive Belastung von Wasser und Böden, gesundheitliche Gefahren für Arbeitende und Anwohnende und auch neue Abhängigkeiten von autoritären Staaten wie zum Beispiel Kasachstan. Das gilt auch für intransparente Lieferketten mit Zwischenhändlern und komplizierten Eigentumsverflechtungen. Ein typischer Weg einer solchen Lieferkette kann wie folgt aussehen: Der Uranabbau findet in Kasachstan statt, die Konversion zu Uranhexachlorid – übrigens ein giftiges und reaktives Gas – erfolgt in Russland, angereichert wird das Ganze in Holland und die Brennelemente werden in Deutschland hergestellt. Der Einsatz der Brennelemente erfolgt beispielsweise im AKW Leibstadt. Wir Grüne fordern seit langem die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien. Aber solange der Atomstrom weiter produziert wird, muss die Schweiz wenigstens eine Verantwortung für diese Lieferketten übernehmen. Dazu gehört das Verbot von Uranimporten aus problematischen Regionen und eine obligatorische Transparenz der gesamten Lieferkette sowie die Stärkung von internationalen Umwelt- und Menschenrechtsstandards im Uranhandel. Wir möchten weg vom Strom aus Atomenergie. Solange wir diesen aber noch produzieren, darf die Produktion nicht auf Umwelterstörung und Menschenrechtsverletzungen abgestützt werden. Dafür soll sich auch der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten einsetzen.

Willi Knecht: Mit Freude nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis, dass es der SP scheinbar wichtig ist, dass unsere Kernkraftwerke durch sichere Verträge noch lange betrieben werden können. Die SP hat scheinbar bemerkt, dass man die Klimaziele mit Flatterstrom nicht erreichen kann. Aus Sicht der SVP wurde die Anfrage korrekt, sachlich und unaufgeregt beantwortet. Die Regierung hat nachvollziehbar begründet, weshalb sie keine Informationen zum AKW Leibstadt machen kann, und hat deshalb bei der CKW eine Stellungnahme eingeholt. Gemäss CWK wird die Axpo die auslaufenden Verträge mit Russland durch neue Verträge mit Kanada und Kasachstan ersetzen. Die Weiterverarbeitung erfolgt in Europa oder den USA. Wir können das Vorgehen der Axpo grundsätzlich nachvollziehen, wobei zu erwähnen ist, dass es auf der Welt noch zahlreiche weitere Länder gibt, die Uran abbauen und verarbeiten. Wir sind der Meinung, dass die Axpo am besten weiß, mit welchen Ländern sie preis- und qualitätsmässig die besten Lieferverträge abschliessen kann. Kritisch sehen wir jedoch, wenn plötzlich wie beim grünen Stahl aus ideologischen Gründen die Gewinnung und Verarbeitung von Uran erschwert würden und folglich die Herstellung von CO<sub>2</sub>-armem Strom

für Haushalt, Gewerbe und Wirtschaft unnötig verteuert würde. Wohin dieser Nachhaltigkeitswahn führt, zeigen uns die Stahlbranche und die Stromerzeugung in Deutschland. Fakt ist, dass der Uranbedarf zunehmen wird. Kernkraftwerke werden bei der globalen Stromversorgung künftig eine wichtige Rolle spielen, insbesondere wegen des steigenden Energiebedarfs. Aktuell planen über 40 Länder in die Kernenergie einzusteigen oder ihre bestehenden Kapazitäten auszubauen. Es ist legitim zu fordern, dass gewisse Länder boykottiert oder gar sanktioniert werden sollen. Nur muss man sich auch den Konsequenzen bewusst sein. Meistens verfehlten diese Massnahmen ihre Ziele und schaden einem selbst. In der Regel finden Produkte aus boykottierten und sanktionsierten Ländern auf dem Weltmarkt einfach neue Käufer. Die SVP ist weltoffen, steht für gute Beziehungen und Handel mit allen Ländern auf der Welt ein, auch mit der EU. Wir wehren uns jedoch dagegen, wenn man uns zwangsverheiraten will.

Sara Muff: Ein weiteres Mal wird eine Aussage völlig aus dem Kontext gerissen. Wir haben heute noch Uran und wir werden auch morgen noch Uran haben. Solange das so ist, ist eine transparente Lieferkette wichtig.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich beschränke mich auf das Thema der Anfrage, nämlich die Uranlieferungen und gehe nicht auf die Energieversorgung der Schweiz ein. Vorab möchte ich klarstellen, dass der Kanton Luzern keine Beteiligung an der AKW Leibstadt AG hat. Er hat aber eine Beteiligung von 9,9 Prozent an der CKW, die wiederum eine Beteiligung von 14,5 Prozent an der AKW Leibstadt AG hat. Sie können selbst rechnen, wie viele indirekte Prozente das sind. Sie sind sich gewohnt, in Mehrheitsverhältnissen zu denken. Deshalb wissen Sie, dass wir keine Mehrheit haben, um bei der CKW zu bestimmen, wie es läuft. Wichtig ist aber, dass die CKW respektive die AKW Leibstadt AG entschieden hat, die Uranabhängigkeit von Russland möglichst rasch zu lösen und alternative Versorger zu suchen. Darunter befindet sich Kasachstan, aber auch andere Länder. Es soll eine möglichst breite Diversität erfolgen, damit die Energieversorgung mittels Uran sichergestellt werden kann. Das ist eigentlich das Wichtigste. Bei der Uranbeschaffung und in der Lieferkette bestehen nach wie vor gewisse Risiken. Das ist wie überall im internationalen Handel. Wir haben versucht die Situation aufzuzeigen. Unsere Vertretung wird in den weiteren Diskussionen das Thema der Energieversorgungssicherheit aber auch die Abhängigkeiten von Russland oder die Diversifizierung für die Energiesicherheit mitnehmen.